Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über gerichtliche Zuständigkeiten und Zuständigkeiten in Justizverwaltungssachen (Justizzuständigkeitsverordnung - SächsZustVOJu)¹

Vom 14. Juli 1994

Es wird verordnet aufgrund von:

- Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Buchstabe n Abs. 1 Satz 1 des Einigungsvertrages in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBI. II S. 885) und in Verbindung mit § 11 des Gesetzes zur Anpassung der Rechtspflege im Beitrittsgebiet (Rechtspflege-Anpassungsgesetz – RpflAnpG) vom 26. Juli 1992 (BGBI. I S. 1147) sowie § 1 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Übertragung von Zuständigkeiten zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Bereich der Rechtspflege auf das Sächsische Staatsministerium der Justiz (Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz – ZustÜVJu) vom 29. Juni 1994 (SächsGVBI. S. 1241),
- § 93 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 1. Juli 1960 (BGBl. I S. 481) und mit § 1 Abs. 1 Nr. 19 ZustÜVJu,
- 3. § 68 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juli 1992 (BGBl. I S. 1302), in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 18 ZustÜVJu,
- 4. § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Freistaat Sachsen (Sächsisches Gerichtsorganisationsgesetz SächsGerOrgG) vom 29. April 1994 (SächsGVBI. S. 1009),
- 5. Artikel 7 § 1 Abs. 2a Satz 1 des Gesetzes zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 400-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1374, 1375) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 23 ZustÜVJu:²

§ 1 Zuständigkeitskonzentration

- (1) Die Konzentration von Verfahrenszuständigkeiten bei Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Verordnung.
- (2) Für anhängige Verfahren verbleibt es unbeschadet des Artikel 3 § 1 des Gesetzes zur Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Freistaat Sachsen sowie zur Ausführung von Verfahrensgesetzen vom 29. April 1994 (SächsGVBI. S. 1009) bei der bisherigen Zuständigkeit, mit Ausnahme der beim Amtsgericht Döbeln anhängigen Verfahren in Landwirtschaftssachen, die auf das Amtsgericht Oschatz übergehen.

§ 2 Kammern für Handelssachen

Bei allen Landgerichten werden für deren Bezirke Kammern für Handelssachen gebildet.

§ 3 Bußgeldverfahren

- (1) Bei einem Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid des Regierungspräsidiums Chemnitz aufgrund der §§ 24 und 24a des Straßenverkehrsgesetzes ist, soweit die Ordnungswidrigkeit oder eine der Ordnungswidrigkeiten auf Bundesautobahnen begangen wurde, das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Ordnungswidrigkeit oder eine der Ordnungswidrigkeiten begangen worden ist oder der Betroffene im Zeitpunkt des Einspruchs seinen Wohnsitz hat, sofern der für die Zuständigkeit maßgebliche Ort im Freistaat Sachsen liegt. § 37 Abs. 3 OWiG gilt entsprechend.
- (2) Läßt sich nach Absatz 1 die örtliche Zuständigkeit nicht bestimmen, ist das Amtsgericht Chemnitz

zuständig.

§ 4

Auswärtige Zivilkammern und auswärtige Kammern für Handelssachen des Landgerichts Zwickau in Plauen

Für den Amtsgerichtsbezirk Plauen werden zwei auswärtige Zivilkammern und eine auswärtige Kammer für Handelssachen des Landgerichts Zwickau in Plauen gebildet.

§ 5 Auswärtige Strafvollstreckungskammern

- (1) Für den Amtsgerichtsbezirk Döbeln wird eine auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Leipzig in Döbeln gebildet.
- (2) Für den Amtsgerichtsbezirk Torgau wird eine auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Leipzig in Torgau gebildet.
- (3) Für den Amtsgerichtsbezirk Stollberg wird eine auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Chemnitz in Stollberg gebildet.
- (4) Für den Amtsgerichtsbezirk Plauen wird eine auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Zwickau in Plauen gebildet. Der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Zwickau in Plauen werden die Zuständigkeiten übertragen, die nach § 78b Abs. 1 GVG in der Besetzung mit einem Richter zu treffen sind.

§ 6 Zweigstellen der Amtsgerichte

- (1) Amtsgerichtliche Zweigstellen werden in den Bezirken der folgenden Amtsgerichte gebildet:
- 1. Amtsgericht Eilenburg
 - Zweigstelle Delitzsch;
- 2. Amtsgericht Grimma
 - Zweigstelle Wurzen;
- 3. Amtsgericht Pirna
 - Zweigstelle Neustadt/Sachsen.
- (2) Die Zweigstellen nach Absatz 1 sind vorbehaltlich der Geschäftsverteilung für sämtliche amtsgerichtliehen Geschäfte zuständig, mit Ausnahme der
- 1. Angelegenheiten, deren Erledigung durch Gesetz oder Rechtsverordnung bestimmten Amtsgerichten übertragen ist,
- 2. Schöffen- und Jugendschöffengerichtssachen,
- 3. Familiensachen nach § 23b Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes,
- 4. Strafsachen nach dem Betäubungsmittelgesetz.
- (3) Ferner werden amtsgerichtliche Zweigstellen als Grundbuchämter in den Bezirken der folgenden Amtsgerichte gebildet:
- 1. Amtsgericht Aue
 - Grundbuchamt Schwarzenberg;
- 2. Amtsgericht Auerbach,
 - Grundbuchamt Reichenbach;
- 3. Amtsgericht Bautzen
 - Grundbuchamt Bischofswerda;
- 4. Amtsgericht Dippoldiswalde
 - Grundbuchamt Freital;
- 5. Amtsgericht Freiberg
 - Grundbuchamt Oederan,
- 6. Amtsgericht Hainichen
 - Grundbuchamt Rochlitz;

7. Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal

Grundbuchamt Glauchau;

8. Amtsgericht Marienberg

Grundbuchamt Zschopau;

9. Amtsgericht Riesa

Grundbuchamt Großenhain;

10. Amtsgericht Weißwasser

Grundbuchamt Niesky;

11. Amtsgericht Zwickau

Grundbuchamt Zwickau mit Sitz in Werdau.

Diese sind in ihrem Bezirk für die Führung der Grundbücher zuständig. Weitere amtsgerichtliche Zuständigkeiten sind diesen Zweigstellen vorbehaltlich der Regelung in § 7 nicht zugewiesen.

- (4) Die Bezirke der Zweigstellen nach Absatz 1 und Absatz 3 umfassen die in der Anlage 2 zu dieser Verordnung bezeichneten Gemeinden.
- (5) Ist in einem Amtsgerichtsbezirk die Zuständigkeit gemäß den Absätzen 1 bis 4 zwischen dem Hauptgericht und einer Zweigstelle aufgeteilt und wird aus Gemeinden oder Gemeindeteilen, die den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen angehören, eine Gemeinde neu gebildet, so ist für diese das Hauptgericht zuständig.³

§ 7 Übergangsvorschrift

- (1) Bis zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen werden amtsgerichtliche Zweigstellen im Bezirk der folgenden Amtsgerichte aufrechterhalten:
- a) Amtsgericht Freiberg längstens bis zum 31. Dezember 1997 die Zweigstelle Oederan;
- b) Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal längstens bis zum 30. September 1995 die Zweigstelle Glauchau.
- (2) § 6 Abs. 2 und 4 gelten entsprechend.⁴

§ 7a **Justizverwaltung**

Die der Landesjustizverwaltung nach dem Familienrechtsänderungsgesetz zustehenden Befugnisse werden auf den Präsidenten des Oberlandesgerichts Dresden übertragen.⁵

§ 8 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 1994 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über gerichtliche Zuständigkeiten (Gerichtliche Zuständigkeitsverordnung -SächsGerZustV) vom 8. Dezember 1992 (SächsGVBI. S. 605) außer Kraft.

Dresden, den 14. Juli 1994

Der Staatsminister der Justiz Steffen Heitmann

> Anlage 1 (zu § 1 Abs. 1 SächsGerZustVO)⁶

Lfd. Art der zu konzentrierenden Verfahren zuständiges Gericht Zuständigkeitsbereich Nr.

(AG = Amtsgericht LG = Landgericht

(Bezirke der

aufgeführten Gerichte)

VG =

Verwaltungsgericht SG = Sozialgericht)

https://www.revosax.sachsen.de

1 Verfahren der Gesamtvollstreckung und AG Chemnitz AG Annaberg Führung der Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregister AG Auerbach

AG Auerbach AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen

AG Hohenstein-Ernstthal

AG Marienberg AG Plauen AG Stollberg AG Zwickau

AG Dresden AG Bautzen

AG Dippoldiswalde

AG Dresden AG Görlitz

AG Hoyerswerda AG Kamenz AG Löbau AG Meißen AG Pirna AG Riesa AG Weißwasser

AG Zittau

AG Leipzig AG Borna

AG Döbeln AG Eilenburg AG Grimma AG Leipzig AG Oschatz AG Torgau AG Bautzen

2 Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung AG Bautzen

AG Hoyerswerda

AG Kamenz

AG Chemnitz AG Annaberg

AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen

AG Hohenstein-Ernstthal

AG Marienberg AG Stollberg

AG Dresden AG Dippoldiswalde

AG Dresden AG Meißen AG Pirna AG Riesa

AG Görlitz AG Görlitz

AG Löbau AG Weißwasser

AG Zittau

AG Leipzig AG Borna

AG Döbeln AG Eilenburg AG Grimma AG Leipzig AG Oschatz AG Torgau

Justizzuständigkeitsverordnung

AG Zwickau AG Aue

AG Auerbach AG Plauen AG Zwickau

alle Amtsgerichte

3 Vereinfachtes Verfahren zur Festsetzung des AG Görlitz

Regelunterhalts nichtehelicher Kinder gemäß

§ 642a und

§ 642b ZPO

und Vereinfachtes Verfahren zur Abänderung von Unterhaltstiteln gemäß § 641 1 ZPO

4 Urheberrechtsstreitsachen, die in die

AG Leipzig

alle Amtsgerichte

Zuständigkeit der Amtsgerichte fallen (§ 104 Satz 1, § 105 Abs. 2 UrhG)

5 Urheberrechtsstreitsachen, die in die Zuständigkeit der Landgerichte fallen (§ 104

Satz 1, § 105 Abs. 1 UrhG) und

Klagen nach § 13 AGBG

und

Patentstreitsachen gemäß § 143 Abs. 1 PatG

einschließlich der Streitigkeiten über

Arzneimittel-Schutzzertifikate

und

Geschmacksmusterstreitsachen gemäß § 15

Abs. 1 GeschMG

und

Gebrauchsmusterstreitsachen gemäß § 27

Abs. 1 GebrMG

und

Kennzeichenstreitsachen gemäß § 140 Abs. 1

MarkenG

und

Halbleiterschutzstreitsachen gemäß § 11

Abs. 2 des Halbleiterschutzgesetzes

und Sortenschutzstreitsachen gemäß § 38

Abs. 1 des Sortenschutzgesetzes

und

Aktienrechtsstreitigkeiten gemäß § 98 Abs. 1

Satz 1 und § 132 Abs. 1 Satz 1 AktG

und

Entscheidungen nach § 27 EGAktG in

Verbindung mit § 98 Abs. 1 Satz 1 AktG

und

Entscheidungen in umwandlungsrechtlichen

Spruchverfahren nach § 305 UmwG in

Verbindung mit §§ 15, 34, 176 bis 181, 184,

186, 196 und 212 UmwG

und

Sicherung der außenstehenden Aktionäre bei

Beherrschungs- und

Gewinnabführungsverträgen

(Entscheidungen nach§§ 304 Abs. 3 Satz 3,

305 Abs. 5 Sätze 2 und 3 AktG in Verbindung

mit§ 306 Abs. 1 Satz 1 AktG)

und

Auskunfts- oder Einsichtersuchen der

Gesellschafter einer Gesellschaft mit

beschränkter Haftung gemäß § 51b Satz 1

GmbHG in Verbindung mit § 132 Abs. 1

Satz 1 AktG

und Entscheidungen über die Bestellung von

Verschmelzungs- und Spaltungsprüfern

sowie den Ersatz von Auslagen und die

Vergütung gemäß § 10 Abs. 1 UmwG in

Verbindung mit § 44 Satz 1, § 48 Satz 1, § 60

Abs. 1, § 81 Abs. 2, § 100 Satz 1 und § 125

UmwG sowie§ 318 Abs. 5 Satz 2 des

Handelsgesetzbuches

und Entscheidungen nach § 320b Abs. 2

Satz 2 und 3 in Verbindung mit § 306 AktG

und

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, für die nach

§ 87 GWB ausschließlich die Landgerichte

zuständig sind

LG Leipzig

alle Landgerichte

6	Binnenschiffahrtssachen gemäß § 2 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrtssachen	AG Torgau	alle Amtsgerichte
7	Landwirtschaftssachen gemäß § 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen und § 65 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes	AG Bautzen	AG Bautzen AG Dippoldiswalde AG Dresden AG Görlitz AG Hoyerswerda AG Kamenz AG Löbau AG Meißen AG Pirna AG Riesa AG Weißwasser AG Zittau
		AG Chemnitz	AG Annaberg AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen AG Hohenstein-Ernstthal AG Marienberg AG Stollberg
		AG Oschatz	AG Borna AG Döbeln AG Eilenburg AG Grimma AG Leipzig AG Oschatz AG Torgau
		AG Zwickau	AG Aue AG Auerbach AG Plauen AG Zwickau
8	Verfahren gemäß§ 217 BauGB	LG Chemnitz	LG Chemnitz LG Zwickau
		LG Dresden	LG Bautzen LG Dresden LG Görlitz

a) soweit das Amtsgericht im vorbereitenden AG Bautzen Verfahren oder im Hauptverfahren zuständig ist, sich das Verfahren gegen einen männlichen Beschuldigten richtet und wenn entweder

AG Chemnitz

aa) im vorbereitenden Verfahren nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung der zuständige Richter oder der Richter des nächsten Amtsgerichts oder der Richter des Amtsgerichts, in dessen Bezirk der Beschuldigte vorläufig festgenommen wurde, über die Anordnung, den Vollzug oder die Aufhebung der Untersuchungshaft zu entscheiden hat, oder

AG Dresden

bb) der Staatsanwalt gleichzeitig mit der Erhebung der öffentlichen Klage, dem Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls oder dem Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren die Anordnung der Untersuchungshaft beantragt, oder

AG Görlitz

cc) sich der Beschuldigte oder einer der Beschuldigten bei der Erhebung der öffentlichen Klage, dem Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls oder dem Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren in Untersuchungshaft oder in Strafhaft befindet oder gegen den Beschuldigten eine mit Freiheitsentziehung verbundene

Maßregel der Besserung und

Sicherung vollzogen wird oder in der angeklagten Sache ein vollziehbarer oder außer Vollzug gesetzter Haftbefehl besteht, oder

AG Plauen

AG Zwickau

AG Leipzig

dd) nach den Bestimmungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafrechtssachen das Amtsgericht die Haftentscheidung trifft

AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen AG Hohenstein-Ernstthal AG Marienberg AG Stollberg AG Dippoldiswalde AG Dresden AG Meißen AG Pirna

> AG Görlitz AG Löbau AG Weißwasser AG Zittau

AG Riesa

AG Bautzen

AG Kamenz

AG Annabera

AG Hoyerswerda

AG Borna AG Döbeln AG Eilenburg AG Grimma AG Leipzig AG Oschatz AG Torgau AG Auerbach

AG Plauen AG Aue

AG Zwickau

 b) soweit das Amtsgericht im vorbereiteten Verfahren oder im Hauptverfahren zuständig ist, sich das Verfahren gegen eine weibliche Beschuldigte richtet und wenn eine der unter Nummer 9 Buchst. a genannten weiteren Voraussetzungen vorliegt. **AG Chemnitz**

AG Annaberg AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen

AG Hohenstein-Ernstthal

AG Marienberg AG Stollberg

AG Borna
AG Döbeln
AG Eilenburg
AG Grimma
AG Leipzig
AG Oschatz
AG Torgau
AG Aue
AG Auerbach
AG Plauen

AG Zwickau

AG Dresden

AG Dippoldiswalde
AG Dresden
AG Meißen
AG Pirna
AG Riesa
AG Görlitz
AG Löbau
AG Weißwasser
AG Zittau
AG Bautzen
AG Hoyerswerda

AG Kamenz

c) Ist wegen außergewöhnlicher Verkehrsschwierigkeiten die Vorführung von Beschuldigten bei dem Haftrichter innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht möglich, so ist in den Fallgruppen nach Nummer 9 Buchst. a und b insoweit auch das Amtsgericht zuständig, das ohne diese Vorschrift örtlich zuständig wäre. d) soweit das Landgericht in dem Verfahren zuständig ist, sich das Verfahren gegen eine weibliche Beschuldigte richtet und wenn entweder

- aa) der Staatsanwalt gleichzeitig mit der Erhebung der öffentlichen Klage die Anordnung der Untersuchungshaft beantragt oder
- bb) sich die Beschuldigte bei der Erhebung der öffentlichen Klage in Untersuchungshaft oder Strafhaft befindet oder gegen die Beschuldigte eine mit Freiheitsstrafe verbundene Maßregel der Besserung und Sicherung vollzogen wird oder in der angeklagten Sache ein vollziehbarer oder außer Vollzug gesetzter Haftbefehl besteht oder
- cc) nach den Bestimmungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen das Landgericht die Haftentscheidung trifft.

In den unter Buchstabe a, b und d genannten Fällen steht der Untersuchungshaft die einstweilige Unterbringung (§ 126a StPO) gleich.

10 Steuerstraftaten nach § 369 AO

LG Chemnitz

LG Leipzig LG Chemnitz LG Zwickau

LG Dresden

LG Bautzen LG Dresden LG Görlitz

AG Chemnitz

AG Annaberg

AG Aue AG Auerbach AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen

AG Hohenstein-Ernstthal

AG Marienberg AG Plauen AG Stollberg AG Zwickau

AG Dresden

AG Bautzen AG Dippoldiswalde

AG Dresden
AG Görlitz
AG Hoyerswerda
AG Kamenz
AG Löbau
AG Meißen
AG Pirna

AG Riesa AG Weißwasser

AG Zittau

AG Leipzig AG Borna

AG Döbeln AG Eilenburg AG Grimma AG Leipzig AG Oschatz AG Torgau 11 Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c Abs. 1 LG Chemnitz LG Chemnitz Nr. 1 bis 3, 5 und 6 GVG, soweit das LG Zwickau Landgericht nach § 74 Abs. 1 GVG als Gericht des ersten Rechtszuges zuständig ist. LG Dresden LG Bautzen LG Dresden LG Görlitz LG Leipzig LG Leipzig 12 Unaufschiebbare Eilentscheidungen an dienstfreien Tagen, Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen treffen die in Nummer 9 genannten Amtsgerichte für die dort genannten Bezirke. Nummer 9 letzter Satz findet keine Anwendung. 13 Personalvertretungsangelegenheiten und VG Dresden alle Verwaltungsgerichte Disziplinarverfahren der Beamten 14 Angelegenheiten des Kassenarztrechts und SG Dresden alle Sozialgerichte der Kassenärzte (Kassenzahnärzte) (§ 10 Abs. 2, § 51 Abs. 2 Satz 1 SGG) 15 Angelegenheiten der SG Chemnitz alle Sozialgerichte

Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau

Anlage 2 (zu § 6 Abs. 4 SächsGerZustVO)

Zweigstellen des Amtsgerichts Zuständigkeit Amtsgericht Eilenburg aus dem Landkreis Delitzsch für die Gemeinden Badrina, Brinnis, Delitzsch, Döbernitz, Glesien, Hohenroda, Kletzen-Zschölkau, Zweigstelle Delitzsch Krostitz, Lindenhayn, Löbnitz, Neukyhna, Priester, Rackwitz, Radefeld, Schenkenberg, Spröda, Wiedemar, Wölkau, Zschortau und Zwochau 2. Amtsgericht Grimma aus dem Landkreis Muldentalkreis für die Gemeinden Bennwitz, Zweigstelle Wurzen Beucha, Brandis, Dornreichenbach, Falkenhain, Hohburg, Kühnitzsch, Kühren-Burkartshain, Machern, Meltewitz, Röcknitz-Böhlitz, Thallwitz, Thamrnenhain und Wurzen aus dem Landkreis Sächsische Schweiz für die Gemeinden 3. Amtsgericht Pirna Zweigstelle Neustadt/Sa. Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Hinterhermsdorf, Hohnstein, Hohwald, Kirnitzschtal, Lohmen, Neustadt/Sachsen, Schönfeld-Weißig, Sebnitz, Stolpen und Wilschdorf

Zweigstellen als Grundbuchämter Zuständigkeit			
1.	Amtsgericht Aue Grundbuchamt Schwarzenberg	aus dem Landkreis Westerzgebirgskreis für die Gemeinden Antonsthal, Beierfeld, Bermsgrün, Breitenbrunn/Erzgeb., Erla, Erlabrunn, Grünhain, Grünstädtel, Johanngeorgenstadt, Markersbach, Pöhla, Raschau, Rittersgrün, Schwarzenberg/Erzgeb. und Waschleithe	
2.	Amtsgericht Auerbach Grundbuchamt Reichenbach	aus dem Landkreis Göltzschtalkreis für die Gemeinden Brockau, Heinsdorf, Lengenfeld, Limbach, Mylau, Netzschkau, Neumark, Oberrnylau, Reichenbach/Vogtl., Rotschau, Schneidenbach, Schönbrunn und Waldkirchen	
3.	Amtsgericht Bautzen Grundbuchamt Bischofswerda	aus dem Landkreis Bautzen für die Gemeinden Bischofswerda, Burkau, Dernitz-Thurnitz, Frankenthal, Großdrebnitz, Großharthau, Neukirch/Lausitz, Rammenau, Ringenhain, Schmölln- Putzkau, Steinigtwolmsdorf und Weifa	
4.	Amtsgericht Dippoldiswalde Grundbuchamt Freital	aus dem Landkreis Weißeritzkreis für die Gemeinden Bannewitz, Colmnitz, Dorfhain, Freital, Goppeln, Grumbach, Kurort Hartha, Kesselsdorf, Klingenberg, Kreischa, Mohorn, Pesterwitz, Pohrsdorf, Possendorf, Rabenau und Tharandt	

5. Amtsgericht Freiberg Grundbuchamt Oederan

aus dem Landkreis Freiberg für die Gemeinden Augustusburg, Braunsdorf, Breitenau, Eppendorf, Erdmannsdorf, Falkenau, Flöha, Frankenstein, Gahlenz, Großwaltersdorf, Grünberg, Hennersdorf, Kleinhartmannsdorf, Leubsdorf, Lichtenwalde, Niederwiesa und Oederan

6. Amtsgericht Hainichen Grundbuchamt Rochlitz

aus dem Landkreis Mittweida für die Gemeinden Aitzendorf, Arras, Breitenborn, Chursdorf, Erlau, Frankenau, Geringswalde, Himmelhartha, Holzhausen, Königsfeld, Königshain-Wiederau, Langensteinbach, Lunzenau, Milkau, Penig, Rochlitz, Seelitz, Stein i. Chemnitztal, Tauscha, Thierbach, Wechselburg und Zettlitz

7. Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal Grundbuchamt Glauchau aus dem Landkreis Chemnitzer Land für die Gemeinden Dürrenuhlsdorf, Glauchau, Meerane, Oberwiera, Remse, Schönberg, Waldenburg und Wolkenburg-Kaufungen

8. Amtsgericht Marienberg Grundbuchamt Zschopau

aus dem Landkreis Mittlerer Erzgebirgskreis für die Gemeinden Amtsberg, Börnichen/Erzgeb., Drebach, Falkenbach, Gehringswalde, Gornau/Erzgeb., Grießbach, Großolbersdorf, Hilmersdorf, Hopfgarten, Kleinolbersdorf-Altenhain, Krumhermersdorf, Scharfenstein, Schönbrunn, Streckewalde, Venusberg, Waldkirchen/Erzgeb., Wolkenstein und Zschopau

9. Amtsgericht Plauen Grundbuchamt Oelsnitz

aus dem Landkreis Elstertalkreis für die Gemeinden Adorf, Arnoldsgrün, Bad Brambach, Bad Elster, Bösenbrunn, Dröda, Eichigt, Leubetha, Mühlental, Oelsnitz, Tirpersdorf und Triebel/Vogtl.

10. Amtsgericht Riesa Grundbuchamt Großenhain aus dem Landkreis Riesa-Großenhain für die Gemeinden Adelsdorf, Baßlitz, Beiersdorf, Ebersbach, Folbern, Großenhain, Kraußnitz, Lampertswalde, Lenz, Naunhof, Ponickau, Priestewitz, Quersa-Brockwitz, Reinersdorf, Sacka, Schönborn, Schönfeld, Strießen, Tauscha, Thiendorf, Weißig am Raschütz, Weßnitz, Wildenhain und Zabeltitz

11. Amtsgericht Weißwasser Grundbuchamt Niesky

aus dem Landkreis Niederschlesischer Oberlausitzkreis für die Gemeinden Gebelzig, Groß-Radisch, Hähnichen, Horka, Kaltwasser, Klitten, Kodersdorf, Kreba-Neudorf, Lodenau, Mücka, Nieder-Neundorf, Niesky, Petershain, Quitzdorf am See, Rothenburg/O. L., Spree, Uhsmannsdorf, Uhyst, Waldhufen und Weigersdorf

12. Amtsgericht Zwickau Grundbuchamt Zwickau mit Sitz in Werdau Kreisfreie Stadt Zwickau und Landkreis Zwickauer Land

- Überschrift neu gefasst durch Artikel 1 der Verordnung vom 29. Dezember 1997 (SächsGVBI.
 S. 682)
- 2 Eingangsformel geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 29. Dezember 1997 (SächsGVBI. S. 682)
- 3 § 6 geändert durch Verordnung vom 25. November 1996 (SächsGVBl. S. 498)
- 4 § 7 geändert durch Verordnung vom 30. März 1995 (SächsGVBI. S. 105)
- 5 § 7a eingefügt durch Artikel 1 der Verordnung vom 29. Dezember 1997 (SächsGVBl. S. 682)
- 6 Anlage 1 geändert durch Verordnung vom 30. März 1995 (SächsGVBI. S. 105) und durch Verordnung vom 6. August 1996 (SächsGVBI. S. 369)

Änderungsvorschriften

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 8. März 1995 (SächsGVBl. S. 105)

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der

Justizzuständigkeitsverordnung

gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 6. August 1996 (SächsGVBl. S. 369)

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 25. November 1996 (SächsGVBI. S. 498)

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 29. Dezember 1997 (SächsGVBI. S. 682)

Fünfte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 27. April 1998 (SächsGVBI. S. 203)